

**INTERREG IV B – Alpenraum Projekt
CLISP (Climate Change Adaptation by Spatial Planning)**

Projektteil Oberösterreich

**Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung
im Unterschwellenbereich
gemäß BVerG 2006**

Linz, 18. August 2008

1. Allgemeine Ausschreibungsbedingungen

1.1 Auftraggeber

Land Oberösterreich, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
Abteilung Raumordnung, Überörtliche Raumordnung
Bahnhofplatz 11
4021 Linz

Vergebende Stelle und Zustelladresse:

Land Oberösterreich, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
Abteilung Raumordnung, Überörtliche Raumordnung
Dipl.-Ing. Heide Birngruber
Bahnhofplatz 1
4021 Linz
Tel.: 0732/7720-14831
E-Mail: heide.birngruber@ooe.gv.at

1.2 Auftragsgegenstand

Der Klimawandel zählt unbestritten zu einem jener Faktoren, die für die künftigen mittel- und langfristigen Entwicklungen von besonderer Relevanz sein werden. Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen eine Vielzahl von Lebensbereichen, die zu einem großen Teil auch räumliche Konsequenzen mit sich bringen und daher in Folge auch die Raumordnung betreffen werden.

Um diesen Entwicklungen, die zum Teil bereits jetzt absehbar sind, möglichst effizient begegnen zu bzw. um auch sich eventuell ergebende Chancen optimal nutzen zu können, ist es wesentlich, diese Veränderungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Im Zuge des Projektes **CLISP** (Climate Change Adaptation by Spatial Planning) soll für die beteiligten Regionen zunächst ermittelt werden, wie stark diese von den verschiedenen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden (z.B. Anstieg der Schneefallgrenze, Veränderung der Niederschlagsverteilung bzw. -häufigkeit, geändertes Abflussverhalten, usw.).

In einem weiteren Schritt soll geprüft werden, welche Strategien oder Handlungsoptionen vor allem im Bereich der Raumordnung möglich sind, um mit diesen Auswirkungen bestmöglich umzugehen bzw. um allfälligen negativen Auswirkungen möglichst effektiv zu begegnen.

Weiters soll geprüft werden, ob die derzeit vorhandenen gesetzlichen Regelungen und Instrumente der Raumordnung sowie die derzeit üblichen Methoden und Herangehensweisen für diese Anforderungen ausreichend sind oder ob hier Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Abschließend sollen Strategien und Vorschläge ausgearbeitet werden, wie im Kompetenzbereich der Raumordnung die Auswirkungen des Klimawandels vermieden, reduziert bzw. bestmöglich gemanagt oder sich daraus ergebende Chancen bestmöglich genutzt werden können.

Diese Bearbeitungsschritte sollen sich in Oberösterreich vor allem auf die folgenden zwei Modellregionen konzentrieren:

Modellregion Nord (Linzer Zentralraum mit dem Donaauraum bis ins Machland; insgesamt 23 Gemeinden); themat. Schwerpunkte: Hochwasser, städt. Klimaerwärmung, landw. Produktion.

Modellregion Süd (Teile der Bezirke Gmunden und Kirchdorf, die in den Wirkungsbereich der Alpenkonvention fallen; insgesamt 32 Gemeinden); themat. Schwerpunkte: Tourismus (Sommer + Winter), Naturgefahren.

Neben den oben beschriebenen raumordnungsfachlichen Aspekten ist die Einbindung der Modellregionen, insbesondere eine entsprechende Bewusstseinsbildung zum Thema Klimawandel und dessen Folgen bei der Bevölkerung und vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern ein weiterer wesentlicher Aufgabenbereich.

Am Projekt sind insgesamt 4 EU-Staaten (Österreich, Deutschland, Italien, Slowenien) sowie Liechtenstein und die Schweiz mit insgesamt 14 Institutionen vertreten, Lead-Partner des Projekts ist das Umweltbundesamt in Wien. Eine Abstimmung des oberösterreichischen Projektbeitrags mit dem Gesamtprojekt, insbesondere mit den Ländern Salzburg und Steiermark, ist jedenfalls erforderlich. Der Projektstart erfolgt unmittelbar mit der Zuschlagserteilung, die Projektdauer beträgt 3 Jahre.

1.3 Rechtliche Grundlage des gewählten Verfahrens

Die Vergabe der ausgeschriebenen Leistung erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006, BGBl. I Nr. 17/2006 idgF und den dazu ergangenen Verordnungen als Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung für den Unterschwellenbereich.

1.4 Zeitplan des weiteren Vergabeverfahrens

KW	August		September				Oktober			
	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
Bekanntmachung in der amtl. Linzer Zeitung	21.08.									
Ende der Frist zur Ein- reichung des Teilnehme- antrags			5.09. 12.00							
Vorauss. Einladung zur Anbotlegung				11.09.						
Ende der Anbotsfrist								8.10. 12.00		
Vorauss. Verhandlungen									15. + 16.10.	
Vorauss. Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung										22.10.
Vorauss. Zuschlagserteilung										29.10.

Der Zuschlag wird spätestens 3 Monate nach Angebotsfrist erteilt.

1.5 Abgabe des Teilnehmeantrags

Der rechtsgültig unterfertigte Teilnehmeantrag ist mit allen zugehörigen Unterlagen und Nachweisen in Papierform in einem fest verschlossenen Umschlag zu übermitteln. Der Antrag hat spätestens am 5. September um 12.00 Uhr beim Auftraggeber (siehe Punkt 1 vergebende Stelle und Zustelladresse) einzulangen. Verspätet eingelangte Anträge werden ungeöffnet ausgeschieden. Das Risiko des rechtzeitigen Einlangens des Antrags liegt bei dem/der Bewerber/in.

Der Teilnehmeantrag muss mit der nachfolgenden Aufschrift übersandt werden:

Amt der Oö. Landesregierung
 Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
 Abt. Raumordnung, Überörtliche Raumordnung
 z.Hd. DI Heide Birngruber
 Bahnhofplatz 1
 4021 Linz

Bitte nicht öffnen!

Teilnehmeantrag

Projekt CLISP

1.6 Erteilung zusätzlicher Auskünfte

Die Bewerber/innen können bis 6 Tage vor dem Ende der Angebotsfrist schriftlich Erläuterungen zur Ausschreibungsunterlage einholen. Es wird ersucht, diese Anfragen per E-Mail (ro-ue.post@ooe.gv.at) z.H. Frau DI Heide Birngruber zu senden. Im Betreff ist der Bewerbungstitel anzuführen.

Allfällige dadurch entstehende Veränderungen oder Ergänzungen der Bewerbungsunterlagen werden allen Bewerber/innen unverzüglich mitgeteilt, sind von diesen zu berücksichtigen und stellen keine automatische Verlängerung der Bewerbungsfrist dar.

1.7 Vergütungen für den Teilnehmeantrag

Für die Erarbeitung und Abgabe des Teilnehmeantrags besteht kein Anspruch auf Vergütung.

1.8 Gerichtsstand

Der Gerichtsstand ist Linz. Zur Entscheidung über das Vertragsverhältnis ist ausschließlich österreichisches Recht anzuwenden. Ein Schiedsgericht ist nicht zulässig.

2. Anforderungen an die Bewerber/innen

2.1 Eignungsnachweise

- Vorlage eines Firmenbuchauszugs (bei Vereinen Vereinsregisterauszug) oder gleichzuhaltenden Registrierung, sofern die Eintragung des Bewerbers nach nationaler Vorschrift gesetzlich vorgesehen ist (nicht älter als 6 Monate).
- Beschreibung von Referenzen über Projekte, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen sich ändernden Umwelteinflüssen und deren Auswirkungen auf die Raumentwicklung auf regionaler Ebene beschäftigen und daraus Handlungsoptionen bzw. Empfehlungen für die Raumordnung aufzeigen; besondere Kenntnisse über die wesentlichen Tendenzen und Faktoren bzw. die fachübergreifenden Zusammenhänge des Klimawandels sind erwünscht.
- Beschreibung von Referenzen über Projekte, die die grundsätzliche Kenntnis der Raumordnungsgesetzgebung in Österreich und der sich daraus ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen sowie der Landes-Raumordnung insbesondere in Oberösterreich voraussetzen.
- Erfahrung in Zusammenarbeit mit Landesplanungsstellen sowie mit Gemeinden in Österreich.
- Beschreibung von Referenzen aus dem Bereich der Gestaltung, Durchführung und Leitung von kommunikativen Prozessen aus den letzten drei Jahren.
- Nachweis umfassender Erfahrungen in der digitalen Bearbeitung von räumlichen Problemstellungen, insbesondere in der Durchführungen von Raumanalysen mittels GIS (ArcGis).
- Lebensläufe der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Mitarbeiter/innen, wobei der Erfahrung mit fachübergreifenden, umweltrelevanten Planungen ein besonderer Stellenwert zu kommt. Eine hohe Multidisziplinarität des Teams ist erwünscht.

2.2 Subunternehmer/innen

Eine überwiegende Weitergabe der Leistungen (mehr als 49 %) an Subunternehmer/innen ist nicht zulässig. Die Weitergabe von Teilen der Leistung ist nur zulässig, wenn der Subunternehmer die für die Ausführung seines Teils erforderliche Befugnis und die erforderliche technische Leistungsfähigkeit besitzt.

Die Bieter/innen haben die Subunternehmer/innen sowie die von ihnen zu übernehmenden Leistungen im Angebot bekannt zu geben. Die entsprechenden Nachweise (siehe Bewerbungsunterlage) sind dem Angebot beizulegen.

Soll während des Leistungszeitraums ein Wechsel der Subauftragnehmer/innen erfolgen, bedarf dies der ausdrücklichen, vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

2.3 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind ausdrücklich zugelassen. Bietergemeinschaften haben eine/n bevollmächtigte/n Vertreter/in unter Angabe der Adresse zu nennen. Im Falle eines Auftrags schuldet die Bietergemeinschaft als Arbeitsgemeinschaft solidarisch.

3. Anforderungen an den Teilnahmeantrag

3.1 Form des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag ist in Papierform in einem verschlossenen Kuvert gemäß Punkt 5 einzureichen. Insbesondere muss der Antrag folgenden Unterlagen enthalten:

- Antragsdeckblatt (siehe Punkt 5.1)
- Rechtsgültig unterfertigte Erklärung (siehe Punkt 5.2)
- Firmenbuchauszug
- Referenzprojekte
- Lebensläufe jener Personen, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung eingesetzt werden sollen (siehe Punkt 6.5)

Der/Die Bewerber/in hat sich bei der Erstellung des Teilnahmeantrags an die Bewerbungsunterlagen zu halten. Es sind – wo vorgegeben – ausschließlich die in den Bewerbungsunterlagen enthaltenen Vorlagen und Formulare zu verwenden.

3.2 Sprache

Der Teilnahmeantrag sowie die Beilagen und Nachweise sind in deutscher Sprache zu erstellen.

3.3 Unterschriftenregelung

Der Teilnahmeantrag ist im Antragsschreiben von dem/der Bewerber/in rechtsgültig zu unterfertigen. Im Falle einer Bietergemeinschaft hat jedes Mitglied der Gemeinschaft das Antragsschreiben rechtsgültig zu unterfertigen.

Die unterfertigten Personen haben ihren Namen in Blockschrift neben ihrer Unterschrift zu setzen.

4. Antragsprüfung und Bewertung

4.1 Prüfungs- und Bewertungsverfahren

Nach Öffnung der fristgerecht eingelangten Teilnahmeanträge erfolgt die Prüfung gemäß den Eignungskriterien. Sollte die Eignung nicht gegeben sein, wird der Teilnahmeantrag ausgeschieden.

Die verbliebenen Anträge werden gemäß den folgenden Auswahlkriterien bewertet und entsprechend gereiht. Es werden die fünf bestgereihten BewerberInnen zur Anbotslegung eingeladen.

4.2 Auswahlkriterien

Die Auswahl der zur Anbotslegung einzuladenden Bewerber/innen erfolgt nach folgenden Kriterien:

Umfang und Qualität einschlägiger Referenzprojekte, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen sich ändernden Umwelteinflüssen und deren Auswirkungen auf die Raumentwicklung auf regionaler Ebene beschäftigen und daraus Handlungsoptionen bzw. Empfehlungen für die Raumordnung aufzeigen;

Gewichtung: 30

Umfang und Qualität von Referenzen über Projekte, die die grundsätzliche Kenntnis der Raumordnungsgesetzgebung in Österreich und der sich daraus ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen sowie der Landes-Raumordnung insbesondere in Oberösterreich voraussetzen;

Gewichtung: 20

Qualifikation/Erfahrung der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Mitarbeiter/innen, Kenntnisse über die wesentlichen Tendenzen und Faktoren bzw. die fachübergreifenden Zusammenhänge des Klimawandels sind ebenso besonders erwünscht wie die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Planungsstellen des Landes und den Gemeinden. Der Multidisziplinarität des Teams kommt besondere Bedeutung zu.

Gewichtung: 25

Umfang und Qualität einschlägiger Referenzprojekte im Bereich der Gestaltung, Durchführung und der Leitung kommunikativer Prozesse

Gewichtung: 15

Umfang und Qualität einschlägiger Referenzprojekte im Bereich der Raumanalyse und der Datenaufbereitung mittels GIS-System

Gewichtung: 10

5. Formatierte Bewerber/innenunterlagen

Nachfolgende Formvorlagen sind von den Bewerber/innen unbedingt zu verwenden!

1. Antragsdeckblatt
2. Erklärung
3. Formvorlage Referenzprojekte
4. Formvorlage Lebenslauf

Teilnahmeantrag

**INTERREG IV B – Alpenraum Projekt
CLISP (Climate Change Adaptation by Spatial Planning)**

Projektteil Oberösterreich

**Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung
im Unterschwellenbereich
gemäß BVerG 2006**

CPC-Referenz-Nr. 867

Bewerber/in	
Name	
Anschrift	PLZ _____ Ort _____ Straße _____ Nr. _____ Telefon _____ Fax _____ E-Mail _____
Ansprechperson	Name _____ Tel.-Nr. _____ E-Mail _____

Datum:

2. Erklärung

< Briefpapier des Bieters/der Bieterin >

An das Amt der Oö. Landesregierung
Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
Abt. Raumordnung, überörtliche Raumordnung

Bahnhofplatz 1
4021 Linz

< Datum >

ERKLÄRUNG ZUM TEILNAHMEANTRAG

Projekt „CLISP – Climate Change Adaptation by Spatial Planning“, Projektteil OÖ.

Sehr geehrte Damen und Herren!

mit dem vorliegenden Teilnahmeantrag gebe(n) ich (wir) die nachfolgenden Erklärungen ab:

Ich (Wir) erkläre(n), dass gegen (mein) unser Unternehmen kein Konkursverfahren oder gerichtliches Ausgleichsverfahren eingeleitet wurde oder die Eröffnung eines Konkursverfahrens mangels hinreichenden Vermögens abgewiesen wurde.

Ich (Wir) erkläre(n), dass (mein) unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet und ich (wir) die gewerbliche Tätigkeit nicht eingestellt habe(n).

Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) den Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträgen, Steuern und Abgaben nachgekommen sind.

Ich (Wir) erkläre(n), dass weder gegen das (die) Unternehmen noch gegen die zur Geschäftsführung befugten Organe eine rechtskräftige Verurteilung vorliegt, die die berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich (Wir) erkläre(n), dass die durchzuführenden Arbeiten, unter Berücksichtigung der in Österreich geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften erfolgen und dass ich (wir) diese Vorschriften auch bei der Durchführung des Auftrags einhalten werde(n).

Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) fähig bin (sind), innerhalb kürzester Zeit ab Auftragserteilung (zwei Wochen) die geforderten Leistungen erbringen zu können.

Die in diesem Angebot getätigten Aussagen sind rechtsverbindlich.

ERKLÄRUNG im Falle einer Bietergemeinschaft

Wir, die Mitglieder der Bewerber- bzw. Arbeitsgemeinschaft verpflichten uns, zur Durchführung von nachstehenden Leistungen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Wir, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft ermächtigen unser Mitglied

Name	
Firma	
Adresse	PLZ _____ Ort _____ Straße _____ Nr. _____ Telefon _____ Fax _____ E-Mail _____

uns nach außen hin zu vertreten, namens der genannten Bewerbergemeinschaft und aller Mitglieder derselben wie immer geartete verbindliche Erklärungen abzugeben.

Allfällige Vorbehalte:

Zum Zeichen meines/unseres Einverständnisses zeichne(n) ich (wir) rechtsgültig wie folgt:

Ort, Datum

Rechtsgültige Fertigung und Stempel

3. Formvorlage Referenzprojekte

Name des Bewerbers	
Projekttitlel	
Auftraggeber	
Art der Leistung	
Beschreibung des Leistungs- inhalts	
Besondere Aspekte im Hinblick auf das Projekt CLISP	
Zeitdauer	
Wert der Leistungserfüllung in Euro	

